

Klima Macht Heimat Los

*Martin Link ist
Mitarbeiter des Flüchtlingsrates
Schleswig-Holstein e.V.*



Zahl der Umweltflüchtlinge nimmt weltweit zu

**Die Ursachen, die
Flüchtlinge in das Heer
der Heimatlosen treiben
sind vielfältig.**

**Elendsflüchtlinge,
Flüchtlinge die aus
wirtschaftlichen Gründen
bzw. infolge von
Globalisierungsprozessen
ihr Land verlassen
mussten, Opfer von
Krieg und Vertreibung,
politische Verfolgte
und zunehmend
Umweltflüchtlinge.**

**Greenpeace und der
Wissenschaftliche Beirat
der Bundesregierung
fordern politisches
Handeln.**

Kaum Aufmerksamkeit erhalten die sogenannten Umweltflüchtlinge, obwohl deren Zahl zuletzt stetig angestiegen ist. Bereits heute fliehen mehr Menschen vor Umweltkatastrophen als vor Kriegen. Die UN schätzt, dass im Jahr 2010 mehr als 50 Millionen Menschen aufgrund von Wüstenbildung, Überschwemmungen oder anderen ökologischen Katastrophen ihre angestammten Wohngebiete verlassen werden. Der renommierte britische Umweltforscher Norman Myers schätzt gar eine zu erwartende Umweltflüchtlingszahl von 150 Mio. Menschen bis 2050.

Der weltweite Klimawandel ist inzwischen in aller Munde. Allerdings stellen Politik und Medien nur allzu selten den Zusammenhang zwischen der drohenden globalen Klimakatastrophe und der in ihrem Schatten zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich her. Fluchtverursachende Armut ist zunehmend auch eine Folge von Umweltentwicklungen.

Dürre, Überflutung, Meeresspiegelanstieg

Allein im zentralen und südlichen Afrika haben im Zuge des Klimawandels Dürren, Überflutungen und Hungerkatastrophen die Zahl der absolut Armen seit 1990 um 140% auf eine Gesamtanteilsrate von 40% steigen lassen. Im Sahelgebiet raubt die Wüstenausbreitung zunehmend den Menschen ihre Existenz und macht heimatlos. Nicht wenige dieser Umweltflüchtlinge fanden auch in diesem Jahr wieder den nassen Tod beim Versuch mit seeuntüchtigen Schaluppen Überleben und Zukunft versprechende europäische Gestade zu erreichen.

Greenpeace legte anlässlich des UN-Weltflüchtlingstages im Juni 2007 eine aktuelle Studie vor, die sogar von einer Zahl von 200 Mio. Klimaflüchtlingen bis zum Jahr 2040 ausgeht (www.greenpeace.de/klimaschutz). Demnach drohe durch das Abschmelzen der Eismassen ein globaler Anstieg des Meeresspiegels von bis zu 88 cm bis zum Ende des Jahrhunderts. Hier von sind niedrig liegende Küstenregionen besonders betroffen. 30 der 50 größten Städte liegen am Meer, knapp zwei Drittel der Menschheit leben nur 100 Kilometer von einer Küste entfernt. Selbst bei einem sicher zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels um 40 cm werden im Jahr 2080 jährlich bis zu 200 Mio. Menschen von den steigenden Fluten betroffen sein.

Durch die ungleichmäßige Erwärmung kommt es vermehrt zu heftigen Unwettern und Stürmen. Auch die Hitzewellen und plötzliche Überflutungen nehmen zu. Vielerorts wird die Süßwassermenge hochgradig knapp. Dadurch droht Trockenheit: Bis zum Jahr 2090 könnte der Anteil des Landes, das von mittlerer Dürre betroffen ist, von 25 Prozent auf 50 Prozent steigen, der Anteil des von extremer Dürre befallenen Landes sogar von drei auf 30 Prozent.

Verwüstung und Missernten

Steffen Bauer vom Deutschen Entwicklungsinstitut in Bonn erklärt, dass die Gesamtbevölkerung in den Trockengebieten der Welt sich alsbald auf ca. zwei Milliarden belaufe. In Folge von Verwüstung und Missernten, Nahrungsunsicherheit und zunehmender Armut könnten viele Menschen ihre Heimat verlassen und versuchen, das Einkommen ihrer zurückbleibenden Familien durch Geldüberwei-

Der weltweite Klimawandel ist inzwischen in aller Munde. Allerdings stellen Politik und Medien nur allzu selten den Zusammenhang zwischen der drohenden globalen Klimakatastrophe und der in ihrem Schatten zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich her.

sungen aus anderen Regionen der Welt zu unterstützen.

Andere könnten sogar mit ihrer gesamten Familie enturzelt werden und sich um des Überlebens willen zur Migration entschließen. In der Tat sei das eines der Schlüsselerkenntnisse moderner Migrationsforschung, wonach wiederkehrende Trockenperioden und Erosion die vorherrschenden Faktoren bei der Wanderung von Völkern aus den Trockengebieten in andere Regionen sind.

Wirtschaftliche und Sicherheitsrisiken

Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ warnt im Sommer 2007 in seinem Gutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ (www.wbgu.de) allerdings auch vor den wirtschaftlichen Folgen der zu erwartenden Klimaveränderungen:

Durch den Klimawandel verändern sich die Voraussetzungen für regionale Produktionsprozesse und Versorgungsstrukturen. Regionale Wasserknappheit beeinträchtigt die Entwicklung in der Bewässerungslandwirtschaft. Dürren und Bodendegradation schränken die landwirtschaftliche Produktion ein. Häufigere Extremereignisse wie Sturmfluten und Überschwemmungen gefährden küstennahe Standorte sowie Infrastruktur für Transport, Versorgung und Produktion. In der Summe kommt es so zu erzwungenen Verlagerungen und Schließungen von Produktionsstätten.

Die hohe Armutsrate und die schlechte wirtschaftliche Situation bedeuten, dass z.B. in den von Vertrocknung betroffenen Regionen Afrikas kostspielige Anpassungsmaßnahmen, wie der Einsatz neuer Pflan-

zen oder verbesserter Bewässerungsmethoden, nicht helfen. Insbesondere hier wird der Klimawandel zu verstärkter Flucht und Migration vom Süden in den Norden führen.

Aber es ist auch zu erwarten, dass Umweltflüchtlinge bald verstärkt in benachbarte und schon jetzt krisenbelasteten Staaten ziehen werden. Auch dies Szenario alarmiert den „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“:

(Über Umweltmigration) können sich Konfliktkonstellationen gegenseitig verstärken, in dem sie sich über die betroffene Region hinaus ausweiten, wodurch auch weitere, angrenzende Staaten destabilisiert werden können. Schließlich könnte dies zur Entstehung „scheiternder Subregionen“ führen, die durch mehrere gleichzeitig überforderte Staaten gekennzeichnet sind. Die „schwarzen Löcher der Weltpolitik“ würden wachsen, in denen Recht und staatliche Ordnung als wesentliche Säulen von Sicherheit und Stabilität zerfallen.

Völkerrechtspolitischer Handlungsbedarf

Gründe genug also für den „Wissenschaftlichen Beirat“, der Bundesregierung dringenden völkerrechtspolitischen Handlungsbedarf zu attestieren. Mit Zunahme weltweiter Brennpunkte des grassierenden Klimawandels stelle Migration bereits heute eine große und weitgehend unbewältigte Herausforderung für die internationale Politik dar. Die damit verbundenen Konfliktpotenziale seien groß, zumal im Völkerrecht UmweltmigrantInnen bisher nicht vorgesehen sind. Und das kann teuer werden:

Auseinandersetzungen um Kompensationszahlungen und die Finanzierung der Bewältigung von Flüchtlingskrisen werden zunehmen – wobei sich die Industrieländer nach dem Verursacherprinzip ihrer Verantwortung stellen müssen. Migration könnte mit ungebremst steigenden globalen Temperaturen zu einem der großen Konfliktfelder der künftigen internationalen Politik werden.

Greenpeace betont in seiner Presseerklärung vom 19.6.2007 besonders, dass Klimaflüchtlinge von der nationalen und internationalen Politik – insbesondere von den reichen Industrieländern, den Hauptverursachern der Klimaveränderung – außer als Objekte gewalttätiger EU-Außengrenzen-Sicherung nicht zur Kenntnis genommen werden. Denn sie fänden im geltenden Flüchtlingsrecht keine Anerkennung, würden vom UNHCR nicht einmal statistisch erfasst.

Humanitäre Flüchtlingsaufnahme statt Abschottung

Dieses rechtspolitische Defizit benennt auch der „Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen“ und fordert, endlich den Schutz von UmweltmigrantInnen im Völkerrecht zu verankern. Denn nach geltendem völkerrechtlichem Flüchtlingsrecht gäbe es bis heute weder spezifische Pflichten der Staaten in Bezug auf die Behandlung von UmweltmigrantInnen, noch sonstige rechtliche Schutzmechanismen zugunsten der betroffenen Individuen.

Hier sehen auch die Organisationen der internationalen Menschenrechtsarbeit und der Flüchtlingsolidarität akuten Handlungsbedarf bei den Regierungen der europäischen und anderen Industrieländer. Sowohl in Richtung von Initiativen zur Integration des Schutzanspruchs der Umweltflüchtlinge in das internationale Flüchtlingsrecht, wie auch durch eine effektive humanitäre Flüchtlingsaufnahme anstatt der gegenwärtigen opferreichen Flüchtlingsabschreckungspraxis.